

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	18.09.2017

Beantwortung der Anfrage der Gruppe Piraten AN/0992/2017 betreffend "Reichsbürgerinnen und -bürger in Köln - Kontrolle von waffenrechtlichen Erlaubnissen"

Frage 1: *Hat die Stadtverwaltung Kenntnisse über Probleme mit Reichsbürgerinnen und -bürgern in Köln, und wenn ja: welche? Wurden diese Kenntnisse an das MIK weitergeleitet?*

Seit Ende 2016 werden die in der Verwaltung bekannt gewordenen Vorfälle mit sog. Reichsbürgerinnen und Reichsbürgern (u.a. auch *Selbstverwalter* genannt) statistisch erfasst und an die zuständigen Referate des Innenministeriums NRW sowie den polizeilichen Staatsschutz gemeldet. Diese monatlichen Sammellisten basieren auf den jeweiligen Anzeigen durch die betroffenen Fachdienststellen. Die Kommunikation zu den v.g. Behörden erfolgt via E-Mail unter Verwendung von durch das Innenministerium NRW zur Verfügung gestellten Muster-Erfassungsbögen.

In quantitativer Hinsicht wurden in den zurückliegenden Monaten wie folgt verdächtige Vorfälle erfasst und weitergeleitet:

02/2017: 21 Verdachtsmeldungen
03/2017: 10 Verdachtsmeldungen
04/2017: 8 Verdachtsmeldungen
05/2017: 10 Verdachtsmeldungen
06/2017: 4 Verdachtsmeldungen
07/2017: 6 Verdachtsmeldungen
08/2017: 7 Verdachtsmeldungen

Bei den Verdachtsmeldungen handelt es sich regelmäßig um verschriftlichte Einwände gegen Maßnahmen der Vollstreckung durch die Kämmerei bzw. Feststellung auf Nichtbestehen der Deutschen Staatsangehörigkeit. Diese sind im szenetypischen Duktus gehalten und sprechen regelmäßig der Bundesrepublik Deutschland sowie der Stadt Köln und ihrer handelnden Akteure die Legitimität zum hoheitlichen Handeln ab.

Frage 2: *Hat die Stadt Kenntnisse über Ordnungswidrigkeiten und Straftaten von Reichsbürgerinnen und -bürgern in Köln? Wenn ja, bitte je Fall nach Ort, Datum und Art der Ordnungswidrigkeit oder Straftat auflisten.*

Ein der Reichsbürgerbewegung zuzurechnendes Ehepaar hat ohne Zustimmung des städt. Mitarbeiters einen heimlichen Filmmitschnitt eines Vollstreckungstermins angefertigt (Minikamera in der Brille installiert) und diesen dann ins Internet (YouTube) eingestellt. Es wurde verwaltungsseitig Anzeige erstattet; die Personen wurden kürzlich zur Zahlung von Geldbußen i.H.v. 500€ bzw. 1.200€ verurteilt.

Frage 3: *Nimmt die Stadt die verschiedenen Hilfestellungen des MIK wahr, und wenn ja: wie?*

Die Gesamthematik und die damit verbundenen Problemfelder (z.B. die latente Gefahr von Übergriffen gegenüber Außendienstkräften im Vollzug) werden seitens der Verwaltung sehr ernst genommen und vom Amt für Personal, Organisation und Innovation sowie der flankierend mit Arbeitssicherheit betrauten Dienststellen/Gremien mit der gebotenen Priorität behandelt.

Neben den im Intranet für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereitgestellten Informationen zum Umgang mit Reichsbürgern wurden zuletzt am 14. und 17. März 2017 für interessierte Kolleginnen und Kollegen Fachvorträge des Innenministeriums NRW im Stadthaus Deutz angeboten (Thema: Rechtsextremismus, Referent vom MIK NRW, Abt. Verfassungsschutz/Prävention).

Frage 4: *Wie hat sich die Zahl der Waffenbesitzerinnen und -besitzer und der Beantragungen für Waffenscheine (alle Arten) sowie deren Kontrolle seit der Antwort (Vorlagen-Nummer 0289/2016) entwickelt?*

Es wird auf die Stellungnahme der Polizei vom 12.09.2017 verwiesen (Anlage).

Frage 5: *Wie vielen Kölnerinnen und Kölnern wurden seit der Antwort (Vorlagen-Nummer 0289/2016) Waffenscheine entzogen, und waren darunter auch so genannte Reichsbürger?*

Es wird auf die Stellungnahme der Polizei vom 12.09.2017 verwiesen (Anlage).

Gez. Dr. Keller